

Berlin: Wohlfahrtsverbände kritisieren Bezahlkarte für Asylbewerber

Berliner Wohlfahrtsverbände kritisieren Bezahlkarte für Asylbewerber als entmündigend und bürokratisch. Alternativvorschlag: Basiskonto bei Berliner Banken. Diskussion im Senat steht noch aus. #Asylpolitik #Berlin #Wohlfahrtsverbände #Bezahlkarte #Integration

NACHRICHTEN AG
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Berliner Wohlfahrtsverbände kämpfen für Würde und Integration von Asylbewerbern

Die Berliner Wohlfahrtsverbände stehen geschlossen gegen die geplante Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber mit einem Bargeldlimit von 50 Euro. Sie sind der Ansicht, dass diese Maßnahme entmündigend, bürokratisch und integrationshemmend ist. Stattdessen fordern sie eine Auszahlung des Bargelds entsprechend den Regelsätzen des Asylbewerberleistungsgesetzes, um die Würde der Geflüchteten zu wahren.

Die Verbände betonen, dass 50 Euro Taschengeld nicht ausreichen und zu Ausgrenzung führen. Insbesondere junge Geflüchtete leiden unter dem Bargeldlimit, da sie oft auf Gebrauchtmärkten einkaufen, wo nur Barzahlung möglich ist. Dies erschwert den Aufbau sozialer Kontakte und führt zu zusätzlicher Bürokratie.

Nach den Erfahrungen in Geflüchtetenunterkünften im Brandenburger Landkreis Märkisch-Oderland haben die Bezahlkarten mit Bargeldlimit zu erheblichen Problemen geführt, darunter Bearbeitungszeiten, Zahlungsrückstände und drohende Kündigungen. Die monatliche Bargeldauszahlung ist oft nicht ausreichend, und die fehlenden Kartenlesegeräte erschweren die Einkäufe.

Die Wohlfahrtsverbände setzen sich stattdessen für die Einrichtung von Basiskonten bei Berliner Banken und Sparkassen für Geflüchtete ein. Sie sehen dies als die praktischste und kostengünstigste Lösung für die Berliner Behörden.

Dieser Vorstoß der Wohlfahrtsverbände stellt sich gegen die Pläne des Senats, die Bezahlkarte mit einem Bargeldlimit von 50 Euro einzuführen. Insbesondere die CDU befürwortet dieses Modell, um Anreize für Migration zu verringern. Die SPD und Teile der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus lehnen das Bargeldlimit jedoch ab. Eine endgültige Entscheidung des Senats steht noch aus, während die Wohlfahrtsverbände weiterhin für die Würde und Integration der Asylbewerber kämpfen.

Quelle: rbb24 Abendschau, 05.07.2024, 19:30 Uhr

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de